Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29 — Sonnabend, den 19. Juli 1924 — 28. Jahrgang

Zur Lohnbewegung in der Granitschleifereibranche.

Zu unserm unter obiger Ueberschrift im „Steinarbeiter" Nr. 24 erschienenen Artikel bringt Herr S., Syndikus des Verbandes Deutscher Granitwerke — abgekürzt VDG. — im „Steinbildhauer" Nr. 9 eine durch Sachkenntnis gerade nicht getrübte Entgegnung. In dieser Erwiderung werden uns „Unwahrheiten, Entstellungen" und „Widersprüche" unterstellt, die nach seiner Ansicht einer Widerlegung bedürfen, um auch die dem VDG. „nicht angehörigen Arbeitgeberkreise in der Steinindustrie darüber aufzuklären". In dem mit bombastischen Worten eingeleiteten Artikel vermissen wir trotzdem die angekündigte Widerlegung unsrer Aufstellungen und Angaben. Dazu genügen nun allerdings nicht juristische Spitzfindigkeiten, sondern vor allen Dingen etwas praktische Tarifkenntnis, die sich freilich nicht im Schreibzimmer aneignen läßt. Besonders angetan scheint es ihm die veröffentlichte Stundenlohntabelle mit den daraus errechneten Goldmarklöhnen zu haben. Infolge der Nutzlosigkeit seines Beginnens hat er eine Widerlegung gar nicht versucht, nur in recht naiver Weise drumherum geschrieben. Es muß schon dabei bleiben, daß gerade die Granitschleifereibesitzer während der Inflationsperiode und noch jetzt an unsre Kollegen Löhne zur Auszahlung brachten und noch bringen, die jede Existenzmöglichkeit unterbinden. Es wird den Arbeitgebern mit ihrem Syndikus wohl noch in Erinnerung sein, daß trotz intensiver Akkordarbeit in sechstägiger harter Fron verschiedene unsrer Kollegen während der Inflationsperiode die öffentliche Fürsorgeunterstützung beantragen mußten, um wenigstens für sich und ihre Angehörigen das trockene Brot zu beschaffen, obwohl ihre Arbeitgeber auf Grund ihrer Auslandslieferungen sehr leicht in der Lage waren, entsprechende Löhne zu bezahlen. Weiter versucht Herr S., an den veröffentlichten Goldmarklöhnen nachzuweisen, daß die daraus ersichtlichen Lohnschwankungen und Lohnsenkungen nicht dem Uebelwollen der Schleifereibesitzer zur Last gelegt werden kann, daß diese vielmehr immer bestrebt gewesen sind, der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung zu tragen. Er vergißt aber hierbei anzuführen, daß die Schleifereibesitzer zwangsläufig durch die Verhältnisse dazu getrieben wurden und daß besonders durch das immer völlig ungenügende Entgegenkommen die Löhne bei einem derart niedrigen Stande enden mußten.

Nachstehende Aeußerung läßt die Einstellung des Herrn S. gegen die Arbeiterschaft in den Granitschleifereien, der er doch letzten Endes sein zweites Einkommen zu verdanken hat, im besonderen Lichte erstrahlen. Der 2. Satz davon sei den Kollegen besonders zur Beachtung empfohlen. Er schreibt:

„Der Steinarbeiter" vergißt auch darauf hinzuweisen, daß die Geldentwertung doch nicht nur die Löhne, sondern auch die Erlöse, die die Unternehmer für ihre Erzeugnisse einnahmen, getroffen hat. Er vergißt auch immer wieder, daran zu erinnern, wer das Unglück der Inflation über die deutsche Wirtschaft gebracht hat, weil man glaubte, damit dem Kapitalismus einen tödlichen Schlag zu versetzen und das Paradies auf Erden für die Arbeiterschaft einrichten zu können.

Demnach war die Arbeiterschaft die Urheberin der Inflation, um den Kapitalismus zu vernichten. Aus diesem Satze spricht eine nicht zu übertreffende verbohrte volkswirtschaftliche Indifferenz. Herrn S. scheint nicht bekannt zu sein, daß gerade die Vertreter der Arbeitnehmer die Mittel, die die bürgerlichen Parteien im Herbst 1923 zur Stabilisierung unsres Wirtschaftslebens angewandt haben, bereits früher von den Arbeitervertretern mit aller Energie gefordert wurden. Hätte man diese ersten Anregungen befolgt, dann stände es um unser Wirtschaftsleben heute bedeutend besser, und auch dem Mittelstand wäre ein großer Teil des Vermögens erhalten geblieben. Vielleicht ist hier auch die Frage angebracht, wo eigentlich die Inflationsgewinnler zu suchen sind und welchen Kreisen sie angehören? Doch wohl sicher in den Herrn S. nahestehenden, die ja auch heute noch sich fortwährend bemühen, das Geschaffene in der Stabilisierung wieder zu beseitigen und große Sehnsucht haben nach den verflossenen Zeiten des Einheimsens.

„Ganz bedenklich" soll unsre Schilderung über die Einführung und Entwicklung der Goldmarklöhne mit den Tatsachen im Widerspruch stehen. Worin dieser Widerspruch besteht, sagt Herr S. allerdings nicht. Verschnupft hat es ihn, daß wir in unserm Aufsatz nicht hervorgehoben haben, daß der VDG. von den Verbänden, die die Goldmarkentlohnung einführten, einer der ersten war. Er beruft sich ferner darauf, daß zu seinem Angebot am 15. 11. 23, 25 Prozent der im RLT. festgelegten Sätze, die bayrische Abmachung für das Fichtelgebirge die Schuld trage. Wenn dem VDG. oder seinem geschäftsführnden Herrn S. die immer im Munde geführte Vertragstreue so ernst war, mußten sie wissen, daß nach den geltenden Vertragsbestimmungen und der Verordnung vom 23. 12. 18 der bayrische Sonderabschluß jeder rechtlichen Grundlage entbehrte und damit ungültig war! Anstatt nun den tariftreuen Vorstand des Steinarbeiterverbandes bei der Beseitigung des bayrischen Sonderabkommens zu unterstützen, duldete der VDG. den ihm nur zu willkommenen „Seitensprung" seines bayrischen Mitläufers. Es hieße ja auch, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen, wenn man etwas andres erwartet hätte.

Die in der Inflationszeit gemachten großen Gewinne sollten beibehalten werden, und so versuchte der VDG. unter Ausnutzung der damaligen schlechten Geschäftslage und Versagung des Tarifamtes, dieses Abkommen zu sanktionieren. Vollständig abwegig ist ebenfalls die Behauptung einer angeblich freiwilligen Lohnerhöhung von 25 auf 35 bezw. 33⅓ Prozent der im RLT. festgelegten Sätze. Die Unterhändler des VDG. erklärten ausdrücklich bei der am 16. 11. 23 gescheiterten Tarifamtssitzung, daß bis zur endgültigen zentralen Regelung die jeweils im Fichtelgebirge geltenden Sätze zu bezahlen sind, folglich waren die Mitglieder des VDG. durch die Erhöhung der Sätze ab 6. 12. 23 ebenfalls dazu verpflichtet!

Weiter stellt Herr S. das Erscheinen der Kommissionsmitglieder des VDG. auf der am 6. 3. 24 in Frankfurt a. M. vom Reichsarbeitsministerium festgesetzten Verhandlung über die beantragte Verbindlichkeitserklärung des am 4. 1. 24 vor dem Landeseinigungsamt Nürnberg gefällten Schiedsspruchs und die dabei getroffene Vereinbarung als ein Entgegenkommen dar. Er verschweigt aber, daß die drohende Verbindlichkeitserklärung die Veranlassung dazu gegeben hat. Unerklärlich ist uns, wie Herr S. die Behauptung aufstellen kann, daß die Löhne unsrer Kollegen seit November v. J. um 100 Prozent erhöht wurden. Eine Aufklärung über diese direkt falsche Darstellung dürfte für unsre Kollegen und auch für die Unternehmer der übrigen Natursteinindustrie ebenfalls notwendig sein. Folgendes möge kurz dazu dienen: Zu der am 15. November 23 in Bayreuth stattgefundenen Verhandlung betr. Umstellung der Papiermarklöhne auf Goldmarklöhne bot uns der VDG. auf Grund des unzulässigen Abkommens für das bayrische Gebiet 25 Prozent der im RLT. festgelegten Sätze oder ungefähr 30 Prozent der Friedenslöhne als Goldmarklöhne an. Das Tarifamt fällte am nächsten Tage einen Schiedsspruch in derselben Lohnhöhe, der von der Arbeitervertretung abgelehnt werden mußte. Das Reichsarbeitsministerium wurde um Einleitung neuer Verhandlungen ersucht, und es beauftragte das Landeseinigungsamt Nürnberg, das, nachdem die Verbandsvertreter des VDG. sich an den Verhandlungen nicht beteiligten, am 12. 1. 24 einen Schiedsspruch fällte, nach dem die Löhne unsrer Kollegen 45 bezw. 40 Prozent der im RLT. festgelegten Sätze betragen sollten. Dieser Schiedsspruch wurde vom VDG. abgelehnt und unserseits die Verbindlichkeitserklärung beantragt. In der dazu nochmals vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Verhandlung wurde am 6. 3. 24 in Frankfurt a. M. unter Vorsitz des Schlichters für Hessen-Nassau eine Vereinbarung erzielt, nach der noch heute entlohnt wird. Dieser Abschluß war das Ergebnis der im November eingeleiteten Lohnverhandlung auf Umstellung der Papiermarklöhne in Goldmarklöhne. Von dieser Basis ist auszugehen, wenn man die seit dieser Zeit erfolgten Lohnerhöhungen nachweisen will und nicht von den von den Unternehmern willkürlich unter Ausnutzung der damaligen Notlage bezahlten Lohnsätzen. Damit fällt zugleich auch die Behauptung der 100prozentigen Lohnerhöhung in sich zusammen! Maßgebend ist schließlich auch, wie die jetzige Bezahlung gegenüber der in der Vorkriegszeit ist. Nachstehende Tabelle mag die Interessenten darüber aufklären. Zum besseren Verständnis sei noch kurz darauf hingewiesen, daß die Bezahlung der Akkordarbeiter in den Granitschleifereien vor dem Kriege recht unterschiedlich war. Sie differierte z. B. bei einem Quadratmeter schleifrecht gestockter Fläche SS-Granit von 2—4 Mk., was sich auch aus nachstehender Aufstellung ergibt. Es wurde und wird jetzt bezahlt für 1 Quadratmeter gestockte Fläche:

Material	1914	Gegenwärtig	durchschnittlich 1914	durchschnittlich gegenwärtig	Prozentsatz gegenüber 1914
	M	M	M	M	
1 qm schwarz schwed. Granit	16-20	9,72-10,80	18.00	10,25	56,4 %
1 qm nord. Syenit	15-17	9,18-10,20	16.00	9,69	60,56 %
1 qm Odenwälder oder Lausitzer Syenit	15-17	9,18-10,20	16.00	9,69	60,56 %
1 qm Meißner Granit .	14-16	8,06-9,60	15.00	8,83	59,00 %
1 qm rot. schwed. Granit	14-18	8,06-9,60	16.00	8,83	55,2 %
1 qm hell Labrador . . .	13-17	8,06-9,60	15.00	8,83	59,00 %
1 qm dunkler Labrador .	11-17	7,05-8,40	14.00	7,73	55,2 %
1 qm blauer Selber Gefreeser, Kossauer usw. .	10-12	6,30-7,50	11.00	6,90	63,00 %
1 qm Fuchsbau, Kornberg, Schneeberg usw, ...	9.00	5,54	9.00	5,54	61,6 %

Aus dieser Aufstellung ergibt sich unbestritten, daß die jetzigen Akkordsätze gegenüber den Friedenssätzen, nach oben abgerundet, 59 Prozent betragen. Allerdings sind auch einige technische Verbesserungen eingetreten, die wir mit 5—6 Prozent bewerten, was allerdings bei Berechnung der einzelnen Werkstücke nach den jetzigen Sätzen gegenüber den Friedenssätzen als reichlich hoch bezeichnet werden muß. Es bleibt somit bestehen, daß die jetzigen Akkordsätze im Durchschnitt im allerhöchsten Falle 65 Prozent der Friedenslöhne betragen. Eine Prüfung der jetzigen Arbeitslöhne für die einzelnen Werkstücke mit den Arbeitslöhnen von 1914 würde jedem Unparteiischen die Richtigkeit unsrer Angaben bestätigen. Daran ändern auch die angeblich über den Vorkriegsstand hinausgehenden Löhne einzelner Kollegen nichts. Wir würden Herrn S. nur raten zu untersuchen, unter welchen Umständen von einzelnen Kollegen über den Vorkriegslohn hinausgehende Löhne erreicht werden. Er würde dann sicher auch verstehen, warum es diesen Kollegen einfach unmöglich ist, länger als 8 Stunden zu arbeiten. Wir möchten ihm sogar empfehlen, für einige Zeit auf seine Pension als Oberbürgermeister, sowie auf sein Gehalt als Syndikus des VDG. zu verzichten und statt dessen an der Haubank sich einige praktische Erfahrungen zu sammeln, die es ihm dann gestatten, darüber zu urteilen, wie hoch augenblicklich die Akkordsätze gegenüber den Friedenssätzen sind.

Auf das übrige im Artikel einzugehen, erübrigt sich, denn eine Belehrung in politischer und demokratisch-wirtschaftlicher Hinsicht wäre ein Versuch am untauglichen Objekt. Das eine möchten wir Herrn S. und den Vertretern des VDG. jedoch sagen, daß sie durch die rücksichtslose Ausnutzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Sturm säen, der schließlich ihren Betrieben und ihnen selber, rein geschäftlich gesehen, zum Verhängnis wird, ja, werden muß, wenn dem nicht in letzter Stunde durch eine, den Lebensansprüchen der Arbeiter entsprechende Lohnpolitik Einhalt geboten wird.

Herr S., der sachkundige und sachverständige Syndikus des Verbandes Deutscher Granitwerke hat dann noch in seinem Artikel ironisch auf das Ausbleiben von Selbsthilfemaßnahmen der Schleifereiarbeiter hingewiesen. Er schlußfolgert daraus, daß die betreffenden Granitarbeiter „verständig genug geworden seien" und sich nicht „von ihren Gewerkschaftsführern zur Niederlegung der Arbeit verleiten lassen". Lassen wir ihm diesen, wenn auch eingebildeten Glauben, denn Glaube soll bekanntlich selig machen.

Unsre Verbandsmitglieder in den Schleifereibetrieben wissen, daß Lohnkämpfe nicht im Zeitungskrieg zum Austrag kommen und der Beginn eines Lohnkampfes dem Arbeitgebersyndikus nicht auf dem Präsentierteller kundgetan wird. Soviel sollte Herr S. mittlerweile auch aufgeschnappt haben, daß die Arbeiter und ihre Organisationsvertretung sich den günstigsten Zeitpunkt zu ernstlichen Maßnahmen selber aussuchen. Dieser Zeitpunkt kommt schon noch für die gesamte deutsche Granitschleiferei-Industrie, nur gemach, vielleicht unvermuteter, wie der Syndikus und die hinter ihm stehenden Arbeitgeber annehmen.

Die Herrschaft des Monopol- und Finanzkapitals.

All die Krisen, von denen die Völker seit dem Krieg heimgesucht wurden, und die soviel Elend und Not heraufbeschworen haben, waren mächtige Förderer der Kapitalskonzentration. Ein flüchtiger Blick auf die wichtigsten Industriestaaten Europas, Deutschland, England, Frankreich, zeigt uns diese Entwicklung. In Deutschland haben sowohl Inflation wie Stabilisierung den Konzentrationsprozeß gefördert. In der Inflationszeit konnte das Großkapital die kleineren Unternehmungen aufsaugen. Es bediente sich dabei der verschiedensten Mittel. Das Großkapital hatte die geschenkten Kredite der Reichsbank und die großen Devisenreserven, mit deren Hilfe und durch andre Schikanen, wie Bezugsrechtsraub, Aktientausch, Aufkauf von Aktien auf dem Umweg fremder Unternehmungen usw., die kleineren, sich oft in bedrängter Lage befindenden Unternehmungen aufgekauft beziehungsweise zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit gezwungen wurden. Mit der Stabilisierung der Währung ging dann eine Kreditkrise, eine unerhörte Geldknappheit einher. Die Kapitalskonzentration wird auch durch diese begünstigt. Es sind die großen Konzerne, welche neben der Landwirtschaft die billigen Reichsbankkredite genießen — sie erhalten Geld zu 10 Prozent, während die andern das Sechs- bis Siebenfache an Zinsen zahlen müssen — und die ausländische Kredite erhalten. Da sie die eignen Unternehmungen in der Regel selbst finanzieren, fließen die von ihnen erzielten zeitweiligen Geldüberschüsse nicht in die Kanäle der übrigen Wirtschaft. Die herabgedrückten Aktienkurse ermöglichen es ihnen, sich die Aktienmehrheit unabhängiger Unternehmungen unmittelbar oder auf Umwegen zu spottbilligen Preisen zu verschaffen. So können sie die Geldnot in vielfacher Hinsicht zur Erweiterung ihrer Macht ausnützen. Die außerordentlich bedeutungsvolle Kapitalskonzentration in England, die dort nach dem Krieg einsetzte, hat einen andern Charakter, doch hat sie in der deutschen Inflation ihre mächtigste Triebkraft gefunden. Um den Kampf mit den deutschen Waren aufnehmen zu können, die dank des Valutadumpings der Inflationszeit einen Vorsprung im Weltmarkt hatten, mußten die englischen Unternehmungen zur Verbilligung der Produktion schreiten, und das taten sie klugerweise nicht durch Arbeitszeitverlängerung und übermäßige Lohnkürzungen, die nur den inneren Absatz gedrosselt hätten, sondern durch technische Verbesserungen der Produktion, wozu auch die Zusammenlegung der Betriebe behufs Herabsetzung der Generalunkosten gehörte. Der englische Konzentrationsprozeß wich daher in diesem wesentlichen Punkt von dem deutschen, der überwiegend nur auf Machterweiterung der Konzerne ausging, ab. In Frankreich wurde die Konzentration des Kapitals durch die Erwerbung Elsaß-Lothringens, des Saargebiets und durch den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch von Staats wegen mächtig gefördert, indem die Verteilung der Kriegsbeute am besten durch Schaffung von großen Industriekonzernen vor sich gehen konnte. Der übermäßig hohe Schutzzoll hat freilich die Konzentrationsbewegung in Frankreich bereits früher schon auf einen hohen Stand gebracht.

Dieser Abschnitt der nationalen Kapitalskonzentration, der jetzt seinem Höhepunkt entgegensieht, wird demnächst eine neue Verschärfung in die internationalen Beziehungen, insbesondere in die Handelspolitik hineintragen. Die Jagd nach den Absatzmärkten wird bald mit unerhörter Wucht einsetzen. Deutschland muß seine Ausfuhr mit Anspannung aller Mittel betreiben, um Reparationen zu zahlen, Frankreich — als neuentstandener Industriestaat mit Ueberschüssen an Industrieprodukten —, um diese loszuwerden, England als Exportstaat, um dem Wettkampf die Spitze zu bieten. Die Vereinigten Staaten werden bald ebenfalls in den Strudel hineingerissen werden. Bereits die letzten Monate zeigen dort eine mächtige Tendenz zur Förderung der Ausfuhr auf Kosten der Einfuhr. Je mehr in den Vereinigten Staaten die Sättigung des inneren Marktes fortschreitet, um so heftiger wird auch dort die Jagd nach den Absatzmärkten einsetzen. Die Ausfuhrpolitik eines Landes, dessen Industrie hochgradig konzentriert ist, nimmt ganz andre Formen an, als wenn die inländischen Unternehmungen untereinander im Konkurrenzkampf stehen. Ein Dumping sondergleichen steht zu erwarten. Australien und Argentinien können zum Beispiel aus diesem Grunde den Kampf mit dem Fleischtrust der Vereinigten Staaten nicht aufnehmen, obwohl die Qualität ihres Fleisches viel besser ist. Wegen des amerikanischen Fleischtrusts fordert Australien von England Vorzugszölle, deren Einführung aber mit der Abkehr Englands vom Freihandel gleichbedeutend wäre, was wieder für die ganze Weltwirtschaft von einschneidender Bedeutung wäre. Dieses eine Beispiel soll nur dazu dienen, die handelspolitischen Folgen der fortschreitenden Kapitalskonzentration zu beleuchten.

Zu gleicher Zeit hat die Macht des Finanzkapitals gewaltig zugenommen. Am wenigsten noch in Deutschland, wo die ersten Jahre der Inflation den Banken Substanzverluste verursachten und erst die letzten sie auf den Weg der Substanzerhaltung gebracht haben. Auch sind in Deutschland die großen Konzerne in der Regel von den Großbanken unabhängig, ja haben die Großbanken oft in ihre Botmäßigkeit gebracht, sie ihren Konzernen einfach angegliedert. Seit der Stabilisierung ist aber die Macht der Großbanken im Steigen. Wenn auch die Beträge, die sie als Kredite zu verteilen haben, vorerst noch gering sind, bedeutet die Verfügung darüber eine sehr große wirtschaftliche Macht. Da die Geldknappheit auch weiter andauern wird, während die Banken voraussichtlich durch das langsame Anwachsen der Depositen über größere Beträge verfügen werden als jetzt, wird ihre Macht und Bedeutung immer steigen. In Oesterreich zum Beispiel, wo das Industriekapital sowohl in bezug auf die Finanzierung der Unternehmungen abhängig ist, wie auch letzteres in den Industrieunternehmungen selbst stark beteiligt ist, muß die Industrie den Banken in Form von ungeheuren Zinsen einen enormen Tribut entrichten. In den Ländern mit Edelvaluta ist aber die Macht des Finanzkapitals ungebrochen, ja stellt es die höchste Macht dar. Als Geldgeber diktieren sie den Staaten ihre Bedingungen. Bezeichnend ist eine Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten Herriot vor seinem Regierungsantritt über die Anleihe, die der amerikanische Bankier Morgan Frankreich vor einigen Monaten zur Stützung des französischen Franken gewährte. Frankreich mußte die Anleihe mit Gold voll decken, außerdem sich aber Bedingungen unterwerfen, von denen Herriot erklärte, daß Morgan Frankreich behandelt habe, als sei es die Türkei (er hat auf die frühere Behandlung der Türkei seitens des Finanzkapitals angespielt!). Die russisch-englischen Verhandlungen, der eng-

lisch-mexikanische Konflikt, der amerikanisch-chinesische Streit wegen der Russisch-chinesischen Eisenbahn, das Schicksal der österreichischen und ungarischen Völkerbundsanleihen, die vom ausländischen Privatkapital zu guten Zinsen bereitgestellt wurden, zeugen alle von der Macht des internationalen Finanzkapitals, das seinen Willen sowohl dem eignen Land, viel mehr aber noch den fremden Schuldnerländern aufzwingt. So bedroht das Finanzkapital auf Schritt und Tritt das friedliche Zusammenleben der Völker und den Weltfrieden. (A. H.)

Anteil der Versicherten an Arznei- und Heilmitteln.

Zur Ersparnis an Krankenpflegekosten war durch die Verordnung über Krankenhilfe bei den Krankenkassen vom 31. Oktober 1923 folgende Bestimmung in § 23 getroffen worden:

Von den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln haben die Versicherten in allen Fällen 10 v. H. selbst zu tragen. Gefährden nach pflichtmäßiger Ueberzeugung des Kassenvorstandes die Ausgaben der Kasse für die im Abs. 1 genannten Leistungen die Leistungsfähigkeit der Kasse, so kann er beschließen, daß die Kassenmitglieder die Kosten bis 20 v. H. selbst zu tragen haben. Auf Verlangen der Mehrheit der Versichertenvertreter im Ausschuß muß der Kassenvorstand den Beschluß aufheben.

Der Kassenvorstand bestimmt die Art, wie die Mitglieder mit ihrem Kostenanteil heranzuziehen sind und setzt die erforderlichen Ausnahmen für dringliche Fälle und besonders schwere Erkrankungen fest.

Gemäß § 11 der Verordnung über Krankenversicherung vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 93) hat der Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen die Ausnahme von der Verpflichtung der Kassenmitglieder zur anteiligen Tragung der Kosten für Arzneien, Heil- und Stärkungsmittel vom 10. April d. J. festgesetzt:

A. Die Kassenmitglieder sind in folgenden Fällen von der Bezahlung des Anteils an den Kosten für Arzneien, Heil- und Stärkungsmitteln befreit:

1. bei Erkrankung infolge eines Unfalls,
2. bei Entbindungen, die ärztliche Hilfe erfordern,
3. bei Nachtverordnungen und allen von den Aerzten als „dringend" bezeichneten Verschreibungen.

B. Als dringend können Verschreibungen durch Aerzte erfolgen:

1. zur schleunigen Abwendung einer Gefahr für Leben oder Gesundheit,
2. zur Beseitigung von akuten Schmerzzuständen,
3. zur schleunigen Verhütung von Ansteckung oder Uebertragung von Krankheiten.

Außerdem sind von der anteiligen Kostenzahlung befreit:

Die Erwerbslosen.

Für die „Zugeteilten" — Militärrentenempfänger — gelten die vom Herrn Reichsarbeitsminister erlassenen Bestimmungen.

Bezüglich des Arzneikostenanteils bei Geschlechtskranken ist zu bemerken: Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium darum nachgesucht, die Kosten für die zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erforderlichen Arzneimittel den Kassen ganz aufzuerlegen, so daß der durch die Verordnung vom 30. Oktober 1923 bestimmte Anteil der Versicherten von 10 bis 20 Prozent in Wegfall käme. Begründet ist das Gesuch damit, daß die Versicherten vielfach nicht in der Lage seien, 10 bis 20 Prozent der hohen Kosten für Tripperspritze, Irrigator, Injektionsflüssigkeit, geschweige denn für Salvarsan, Wismut, Quecksilber oder Jod aufzubringen; besonders treffe dies bei Lehrlingen, Dienstmädchen und Versicherten zu, die als Entlohnung vorwiegend Sachleistungen bekämen.

Das Reichsarbeitsministerium mußte das Gesuch wegen der außerordentlichen Belastung der Kassen durch die Kosten für Arzneimittel, die eine wesentliche Einschränkung des Arzneiverbrauchs notwendig macht, ablehnen. Es hat dabei aber darauf hingewiesen, daß Abs. 3 des § 25 der Verordnung vom 30. Oktober 1923 den Kassen eine genügende Handhabe bietet, um Ausnahmen für geeignete Fälle vorzusehen. Das Reichsarbeitsministerium hat anerkannt, daß die Fälle der Geschlechtskrankheiten aus den bereits angeführten Gründen in der Regel zu diesen Ausnahmen gezählt werden müssen. (Gewerksch. Archiv. R. fr.)

Beschlüsse des Dritten Internationalen Gewerkschaftskongresses.

III.

4. Entschließung, betr. Nachtarbeit in Bäckereibetrieben.

„Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien nimmt Kenntnis von der großen sozialpolitischen Errungenschaft, welche den Bäckereiarbeitern durch die gesetzliche Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien zuteil wird. Der Kongreß nimmt ferner zur Kenntnis, daß der internationalen Arbeitskonferenz ein Entwurf zu einem internationalen Uebereinkommen betr. die gesetzliche Beseitigung der Nachtarbeit zur Beratung unterbreitet worden ist. Der Kongreß fordert die Vertreter der Arbeiter auf der internationalen Arbeitskonferenz auf, für die berechtigten Forderungen der in der internationalen Union der Lebensmittelarbeiter zusammengeschlossenen Bäckereiarbeiterorganisationen mit aller Entschiedenheit einzutreten."

5. Entschließung, betr. den internationalen Kampf um den Achtstundentag.

„Der vom 2. bis 7. Juni 1924 in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongreß billigt den von Genossen Mertens dem Kongreß vorgelegten Bericht zum Punkt 10 der Tagesordnung „Der Kampf um den Achtstundentag" und erklärt sich mit der vom Bureau des IGB. am 11. Januar 1924 angenommenen Resolution einverstanden.

Der Kongreß betrachtet diese Resolution als ein Programm, auf dessen Durchführung hingewirkt werden muß. Den dringenden Notwendigkeiten der Gegenwart sowie den Möglichkeiten des Augenblicks Rechnung tragend, erklärt der Kongreß, daß der unausgesetzte Kampf für den Achtstundentag und die 48-Stundenwoche unter den Aktionen des IGB. an erster Stelle stehen muß. Er beschließt:

1. Es ist eine allgemeine internationale Kampagne vorzubereiten mit folgendem Programm:
   a) Aufrechterhaltung des Achtstundentags.
   b) Wiedereroberung der verlorengegangenen Errungenschaften.
   c) Eroberung des Achtstundentags in allen jenen Ländern, wo er noch nicht eingeführt ist.
   d) Ratifizierung der Washingtoner Konvention.
   e) Endgültige Regelung der Reparationsfrage.

2. Das Bureau und der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes werden beauftragt, diese Kampagne vorzubereiten und zu organisieren. Sie sollen sich mit den verschiedenen angeschlossenen Organisationen über diesen Gegenstand ins Einvernehmen setzen, um in der weitestgehenden Weise allen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Aktion in jedem einzelnen Lande Rechnung zu tragen.

3. Bezüglich der Eroberungen des Achtstundentags in jenen Ländern, wo diese Forderung noch nicht durchgesetzt ist, soll auf die Landeszentrale Frankreichs und Großbritanniens eingewirkt werden, damit diese ihren ganzen Einfluß aufbieten, um auch den Arbeitern jener Länder, die unter dem Protektorat der oben erwähnten Staaten stehen, die gesetzlich festgelegten Vorteile zu sichern.

4. Betreffend die Aufrechterhaltung der Eroberung des Achtstundentags obliegt den Landeszentralen und den ihnen angeschlossenen Organisationen die Pflicht, bei Schließung von Kollektivkontrakten der Aufnahme aller Klauseln entgegenzuwirken, die das Prinzip dieser bedeutsamen Reform gefährden können.

5. Betreffend die Regelung des Reparationsproblems, von der der Wiederaufbau Europas und die Errichtung eines dauernden Friedens abhängen, beauftragt der Kongreß das Bureau des IGB., alles zu unternehmen, was in seinen Kräften steht, um in dem endgültigen Vertrag die Aufnahme einer Klausel zu erwirken, die die Rechte und Errungenschaften der deutschen Arbeiter schützt.

6. Das Bureau des IGB. wird beauftragt, in Hinsicht auf eine gemeinsame Aktion und zugunsten folgender Bestrebungen, die mit der Sozialistischen Internationale begonnenen Besprechungen fortzusetzen:
   a) Die Ratifizierung der Konvention von Washington.
   b) Die Annahme eines Achtstundengesetzes in allen Ländern, die sich bisher dieser Pflicht entzogen haben.

Der Kongreß ist der Meinung, daß ein Gelingen dieser Bemühungen in einer mehr oder weniger nahen Zukunft nur durch das einmütige Vorgehen aller Arbeiter zu erwarten ist und richtet einen dringenden Appell an die Arbeiter der ganzen Welt, sich der internationalen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen, die ihnen die praktische und vollkommene Verwirklichung des Achtstundentags und der 48-Stundenwoche sichern wird."

6. Entschließung gegen Krieg und Militarismus.

„Der vom 2.—7. Juni in Wien tagende Internationale Gewerkschaftskongreß bestätigt die früheren Resolutionen gegen Krieg und Militarismus und erinnert die nationale und international organisierte Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Krieg entschieden zu widersetzen: durch Stillegung der Waffen- und Munitionsindustrie, sowie des Transports von Kriegsmaterial, durch den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generalstreik.

Der Kongreß erklärt, daß es Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen aller Länder ist, durch eine unausgesetzte Propaganda für die Beseitigung des Völkerhasses zu arbeiten und auf eine neue Organisation der Völkerbeziehungen hinzuwirken, die sich auf gegenseitige internationale Hilfe, auf Anwendung des internationalen Rechts und des obligatorischen Schiedsgerichts gegründet.

In der Erkenntnis, daß das allgemeine Wohl der Völker nur gesichert werden kann durch eine allgemeine Abrüstung, erklärt der Kongreß als dringend notwendig:

1. Durchführung einer Kontrolle für die Waffen- und Munitionsindustrie sowie den Handel mit Kriegsmaterial.
2. Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Unterdrückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Herbeiführung eines allgemeinen Verbots der Fabrikation und des Handels für alle Arten von Kriegsmaterial.

Der Kongreß beauftragt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, seine auf die Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen, auf die Stärkung der für den Frieden arbeitenden Kräfte der Welt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.

In Ausführung dieser Beschlüsse und unter feierlicher Bestätigung der vom Vorstand auf seiner Sitzung vom 8.—9. November 1923 angenommenen Resolution betreffend die Organisation eines internationalen Anti-Kriegstages am 21. September dieses Jahres fordert der Internationale Gewerkschaftskongreß die Arbeiter aller Länder auf, alles zu tun, um zu erreichen, daß die Manifestation eine der jetzigen Weltlage angemessene Bedeutung erhält und dementsprechend Widerhall findet."

Zum Kreditproblem.

Im Organ des Einheitsverbandes sozialistischer Unternehmer vom 1. Juli lesen wir über die schwierigen Verhältnisse im deutschen Geldverkehr folgende Schilderung aus der Praxis:

„Bei der Reichsbank ist heute in der Hauptsache die Sachlage die, daß jeder Firma, die früher schon am Reichsbankverkehr beteiligt war, allwöchentlich eine bestimmte beschränkte Summe zu Kreditzwecken zur Verfügung gestellt wird, über die hinaus Kunden-

Das westfälische Kalksteingebiet.

III. **Entstehung.**

War in den beiden voraufgegangenen Aufsätzen die Verbreitung des Kalksteins in Westfalen besprochen, die Einflüsse des Wassers in bezug auf Veränderung und Zerstörung dargelegt, so soll in folgendem die Entstehung desselben behandelt werden.

Weit über Jahrmillionen und Jahrmillionen schauen wir zurück, eine Zeitangabe ist undenkbar — Erdbildungsperioden schreiten wir zurück — aus der Neuzeit der Formationen zurück durch das Mittelalter, bis wir im Altertum zu den Stufen des Devon gelangen. Ein weiter Weg, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß über den Schichten des Mittel- und Oberdevon, denen die Kalkgesteine angehören, die Schichten des Culm, die des unproduktiven Carbon (das Flözleere), das produktive Carbon, Schichten von zusammen über 5000 Meter Mächtigkeit, Ablagerungen des Kreidemeeres und Diluviums lagern.

Im Devonmeere wurden die gewaltigen Massen abgelagert, welche heute das mittelrheinische Schiefergebirge (Taunus—Eifel—Westerwald—Rathaargebirge—Bergisch Land und Sauerland) darstellen. An der Nordgrenze desselben finden wir einen langgestreckten Zug, dem Mittel- und Oberdevon angehörend, das Kalksteingebiet.

Diese gewaltigen Kalksteinmassen sind Reste eines Korallenriffes. Die Korallenbauten sind durch die Wirkung des Meereswassers (Brandung) zum Teil zerstört worden und die Reste bildeten durch Verkittung am Meeresboden den Kalk. Die Korallentiere bilden eine überaus formenreiche Tiergruppe. Sie stellen einen radikal gebauten Schlauch dar, der zugleich als Magen- und Leibeshöhle dient und durch radial gestellte Scheidewände in Kammern geteilt ist, innerhalb derer die Fortpflanzungsorgane sich entwickeln. Um den Mund des Polypen stehen Fangarme, mit denen das Tier die Nahrung ergreift. Die Steinkorallentierchen oder Madreporarier scheiden ein festes, meist kalkiges Skelett aus, das fossil erhalten ist. Es kommen mithin diese kleinen Lebewesen als die Schöpfer (Erbauer) des Kalkes hauptsächlich in Frage, indem diese die Kalksubstanz des Meereswassers aufnahmen und als feste Masse ausschieden, ihre Zellen, Wohnkammern, bauten.

Die feineren Gebilde (Wohnungen), besonders die der Ast- resp. Baumkoralle, Amphipora ramosa, sei hier genannt, finden wir als Bruchstücke, ganze Schichten ausfüllend.

Die koloniebildenden Stockkorallen, Favosites polimorpha — — Heliolites porosa — Phillipstraea anana u. a. Arten dagegen haben wir Gelegenheit, gut erhaltene, ausgewitterte Exemplare zu finden. (Gute Fundstellen sind am Wege von Hagen Emst—Delstern, Hagen Emst—Holthausen.)

Im Schutze der Korallenriffe haben sich eine ganze Reihe Arten von Meeresbewohnern angesiedelt, doch nehmen diese, im Verhältnis ihrer Formengröße zu den Korallen, weniger Anteil am Aufbau der Kalkgesteine, obgleich einige Arten als Leitfossil ganzer Schichten in Frage kommen. Besonders ein Brachiopode, der Stringocephalus Burtini, welcher sich von den Muscheln insofern unterscheidet, daß sich dieser nicht frei bewegen kann am Meeresboden, sondern durch einen fleischigen Arm aufgewachsen ist. Die Zone wird bezeichnet als die stringocephalen Schichten. Häufig kommt der Uncites griphus, sowie Atripa aspera vor. Belebt waren die Korallenriffe von einer Art von Kopffüßlern, den Ammoniten, Nautiliten, Clymenien. Die Bruchstücke von Crinoiden (Seelilinien). Stielgliedern, füllen nicht selten ganze Bänke.

Auch die verschiedensten Arten von Schnecken sind im Kalkgestein eingebettet.

So sehen wir im ewigen Kreislaufe das Werden und Vergehen, daß kein Partikelchen der Erde verlorengeht. Was hier abgetragen wird durch Wasser, Wind und dergleichen, wird an andern Stellen wieder abgelagert, Neues bildend. Was als unsichtbare Substanz mit hinaus in die Seen und Meere getragen wird, dient den dortigen Lebewesen zum Aufbau ihrer Wohnungen, zur eigenen Existenzmöglichkeit.

Wenn wir als Naturfreunde hinauswandern und halten Zwiesprache mit den toten Steinen in dem besprochenen Sinne, dann — leben diese für uns! B., Dortmund.

Gigantische Bauwerke eines verschollenen Volkes.

Von Zeit zu Zeit gelangen neuere Schilderungen von Weltreisenden zu unsrer Kenntnis, die allgemein einen fesselnden Einblick in die Steinbaukunst längst verschwundener Völker ermöglichen. Die erhalten gebliebenen steinernen Zeugen früherer Steinbearbeitungskunst sind auf fernen Erdteilen verstreut und weisen Jahrtausende zurück. Der Kunstgeschichte sind sie wohl bekannt, doch für den Laien auf diesem Gebiet liegen sie in ihr begraben. Dagegen geben ihm solche Schilderungen, wie wir Anfang Mai dieses Jahres an dieser Stelle von der „Ebene der tausend Tempel" (Britisch-Ostindien) wiedergeben konnten, manche Anregung, um nach genauerer Information zu streben. Die vorstehend genannte Schilderung ist zum Beispiel in der Kunstgeschichte unter „die Wunder von Ellora" bekannt. Diese verschiedenartige Bezeichnung soll uns jedoch nicht abhalten, aus den Reiseschilderungen das uns beruflich Zusagende herauszuschälen; denn beim Weiterforschen ist die oft unterschiedliche Bezeichnung für ein und dieselben alten Steinbauten sehr leicht herauszufinden, und zwar durch die nähere geographische Kennzeichnung.

Neuerdings lesen wir in der Tagespresse von einem italienischen Zeitungs-Weltreisenden Schilderungen aus Hinterindien, die ähnlich „den Wundern von Ellora" klingen, aber doch eine Sache für sich sind.

„Im Süden des hinterindischen, französischen Schutzstaates Kambodscha verbirgt sich mitten im tropischen Urwald eines der eindrucksvollsten Geheimnisse des an Geheimnissen so reichen Asien. Es ist die gewaltige Ruinenstätte der Paläste und Tempel von Angkor, dem Hauptort der gleichnamigen heute zu Siam gehörenden Provinz. Von wem diese Paläste und Tempel, die früher das Nationalheiligtum von Kambodscha bildeten und heute noch ein stark besuchter Wallfahrtsort der Buddhisten sind, erbaut wurden, weiß man nicht, und ebensowenig weiß man etwas von dem Schicksal des Volkes, das die in Trümmern liegende Stadt bewohnt und in den Tempeln seine Andacht verrichtet hat. Man gelangt nach Angkor, indem man von Kambodschas schöner Hauptstadt Pnom Penh den Mekongstrom aufwärts fährt.

— — — — — — — — — —

Vor allem will ich dem Leser einen Begriff von den Dimensionen des Trümmerfeldes geben, daß sich dem Auge entrollt. Im Umkreis von 30 oder gar 40 Kilometern ist das gesamte Gelände von Trümmern großer und kleiner Tempel bedeckt, und in der Mitte dieses Steinkirchhofes erheben sich zwei Wunderwerke: eine von einer Mauer umschlossene Stadt, die fünf Kilometer Durchmesser groß ist, und die der Wald überwunden und fast völlig zerstört hat, dann ein Tempel, dessen Ausmaße die der Peterskirche in Rom an Länge und Breite noch übertreffen, und der so vollständig erhalten ist, daß er unverzüglich dem Gottesdienst wieder zugänglich gemacht werden könnte. Was aber den Eindruck dieser Wunder fast bis zur schmerzhaften Beklemmung steigert, ist die Erkenntnis, daß man absolut nichts über das Volk weiß, daß in diesem Glanz gelebt hat. Unsre ganze Kenntnis beschränkt sich auf den Namen des Volkes: Khmer. Das ist alles. Ueber die Zeit der Erbauung dieser grandiosen Baudenkmäler breitet sich der Schleier des Geheimnisses. Die Archäologen sind nicht einmal einig darüber, ob die Erbauer Zeitgenossen des Kaisers Nero oder des Papstes Leo X. gewesen sind. Aber noch verblüffender als die völlige Unkenntnis über das bauende Volk ist unsre Unwissenheit darüber, was aus dem Volk geworden ist. Im 18. Jahrhundert lenkte jemand die Aufmerksamkeit der westlichen Welt auf die Ruinen. Wenn das Volk Khmer von den benachbarten Siamesen oder Chinesen besiegt oder vernichtet worden wäre, so hätten sich die Sieger sicherlich der Tat gerühmt; anderseits ist aber auch der Khmer in der Geschichte Siams oder Chinas nirgends auch nur mit einem Worte gedacht.

Ehe wir den Tempel selbst besuchen, wollen wir einen Blick auf die Stadt werfen. Man folgt einem bequemen Waldweg, bis die Weiterwanderung durch eine Mauer verhindert wird. Ein großes Steintor bildet den Eingang, hinter dem rechts und links die Mauer hinter den Bäumen verschwindet. Eine gute Stunde führt der Weg durch diesen Wald, der die königliche Stadt erobert hat. Plötzlich öffnet sich eine breite Lichtung; sie war ehemals zweifellos der Hauptplatz der Stadt, und sie blieb von der Wucherung der Bäume frei, weil vor einem Jahrzehnt die Eingeborenen hier eine Reispflanzung angelegt hatten. Rings um den Platz sehen wir Trümmer von Bauwerken, deren Stil auffallend an den der italienischen Renaissance erinnert. In ihrer ganzen Ausdehnung gibt sich die königliche Stadt als ein Schlachtfeld zu erkennen, auf dem sich der erbarmungslose Kampf zwischen den Riesenbäumen und den toten Steinen abgespielt hat. Fast überall ist die lebendige Pflanze siegreich geblieben. Der Wald hat sich in wildem Grimm auf das Menschenwerk gestürzt und hat es mit seiner todbringenden Umklammerung erdrosselt. Zwischen die Mauern haben die Bäume ihre Wurzeln getrieben und sie im Weiterwachsen gesprengt. Hier und da haben allerdings die Bauten siegreichen Widerstand geleistet und den Angriff überlebt. Aber der Kampf dauert fort, und er wird, wenn der Mensch den Steinen nicht zur Hilfe kommt, mit dem Siege des Waldes enden. Da stehen beispielsweise vier riesige Bilder Brahmas, deren Köpfe von Lianen überwuchert sind. Und doch würde Angkor drei Viertel seiner Reize verlieren, wenn man daran ginge, die das Steinwerk tötenden Bäume zu fällen. Angkor ist ein Rätsel, und wenn man die Eingeborenen über seine Herkunft befragt, so erhält man die Antwort, daß die Stadt in einer einzigen Nacht von den Geistern des Waldes errichtet wurde.

Wir wenden uns nun nach Angkor-Vat, d. h. zum Haupttempel, der inmitten eines Parkes gelegen ist. Wollte man ihn beschreiben, so würde diese Beschreibung zum Umfang eines dicken Bandes anwachsen. Durchschreitet man das hohe Eingangstor, so gelangt man auf eine von riesigen Steinlöwen bevölkerte Plattform. Von hier aus führt eine gepflasterte Straße, die an die der Ming-Gräber in Nanking erinnert, in die Höhe. Die Straße hat eine Breite von 20 Meter, ist 500 Meter lang und wird von Balustraden umsäumt, die von riesigen in Gruppen zu sieben oder neun Stück vereinigten Schlangenköpfen überragt sind. Die Straße endet an einem massigen Gebäude, das drei Kuppeln in Form von Bischofsmützen überwölben. Eine große Treppe führt von der Straße zum Tempel hinauf. Sie hat so hohe und enge Stufen, daß man auf Händen und Füßen hinaufkriechen muß. Um einen Begriff von der Größe dieses Wunders zu bekommen, muß man darauf hinweisen, daß dieser Tempel einen Durchmesser von nicht weniger als zweieinhalb Kilometer hat. Auf dieser weiten Strecke sieht das Auge nicht einen leeren Raum; überall ist das ungeheure Bauwerk in seiner ganzen Ausdehnung mit Türmen, Statuen, seltsamen Tiergestalten, Galerien, Basreliefs, Ornamenten und mit auf die Mythen des Brahmanismus bezüglichen Inschriften bedeckt, die aus dem Stein herausgearbeitet sind. Mit den Pyramiden kann man diese Riesenbauten nicht vergleichen. Die ägyptischen Pyramiden sind die Verwirklichung des Willens und des Denkens einer Aristokratie, die über Legionen von Sklaven verfügte. Um Angkor zu schaffen, bedurfte es dagegen eines ganzen Volkes von Künstlern, ja, ganzer Generationen von Künstlern, die von Geschlecht zu Geschlecht in langen, langen Jahren diese Quadratkilometer Felsen in harter, geduldiger Arbeit zu Kunstwerken eigner Art umschufen."

Montaigne:

Auch der ehrlichste Mensch, wenn er alle seine Handlungen und Gedanken nach den Gesetzen genau untersucht, wird finden, daß er in seinem Leben wenigstens zehnmal den Galgen verdient hat.

wechsel von der betreffenden Firma nicht angenommen werden. Eine Uebertragbarkeit dieses Kontingents von einer Woche zur andern ist in der Regel ausgeschlossen. Daß nach den in den letzten Wochen eingetretenen zahlreichen Insolvenzen auch die Großbanken privater Art die gleiche Zurückhaltung beobachten, ist erklärlich. Sie halten darauf, daß die Kredite, soweit sie überhaupt gewährt werden, nur zur Finanzierung des Güterumschlages, nicht zu Kapitalbeteiligungen oder Betriebserweiterungen verwendet werden. Unter dem herrschenden Geldmangel sind heute auch bei den Großbanken Zinssätze von 50 bis 60 Prozent keine Seltenheit. Ganz anders aber sehen die Zinssätze bei den mittleren und kleinen Banken aus. Uns liegt eine Berechnung für einen Bankkunden vor, der sein Konto um 1000 Mk. überzogen hat. Er hat dafür zu zahlen: 2¼ pro Mille und per Tag, eine Ueberziehungsprovision von ein Prozent per Woche, eine Umsatzprovision von ⅛ Prozent, ferner noch für Material und Spesen einen Ausgleich auf volle Mark, und das alles bei monatlicher Berechnung, das heißt, er hat nicht nur Zinsen, sondern auch Zinseszinsen zu bezahlen. Das alles bedeutet, daß, wenn die Ueberziehung seines Kontos ein Jahr lang fortbestände, er für je 1000 überzogene Mark einen Jahreszins von 2451 Mk. zu bezahlen hätte.

Solchen Zinssätzen gegenüber nehmen sich die von den Banken gezahlten Kreditzinsen recht bescheiden aus. Sie betragen zur Zeit im allgemeinen bei täglicher Kündigung 8 Prozent pro anno, bei 14tägiger Kündigung etwa 15 Prozent und bei längerer Kündigungsfrist 2 bis 3 Prozent mehr.

Von Hypothekenbanken erhält heute der Kreditnehmer in der Regel überhaupt kein bares Geld, sondern höchstens Pfandbriefe, die er erst versilbern muß, um sich das für seine Zwecke notwendige bare Geld zu verschaffen. Entsprechend der gegenwärtigen Anlagemöglichkeit für flüssiges Geld werden aber die Pfandbriefe der Hypothekenbanken nur mit etwa 35 bis 50 Prozent ihres Nominalbetrages bewertet, so daß der Kreditnehmer bei der Veräußerung der Pfandbriefe mit einem Verlust von wenigstens 50 Prozent des Nennwertes zu rechnen hat.

Von der deutschen Golddiskontbank, die neben der Reichsbank staatlicher Natur ist, werden Kredite ausschließlich nur zur Belebung und Förderung der deutschen Ausfuhr gewährt. Dabei kommen auch Firmen in Betracht, die nicht eigentlich als Exporteure gelten; wohl aber müssen sie Importeure von Rohstoffen oder Halbfabrikaten sein und mit diesen Güter erzeugen, die nachweisbar für den Export bestimmt sind. Sie müssen auch zahlenmäßige Unterlagen über ihre Exportgeschäfte im Kalenderjahre 1923 und in den ersten vier Monaten des Jahres 1924 sowie über das Verhältnis des Exportes zum Inlandsabsatz innerhalb des gleichen Zeitraumes beibringen. Jedenfalls kommen aber nicht nur große Firmen, sondern auch solche mittleren und kleineren Umfangs für die Kreditbewilligung in Frage, wenn sie nur die verlangten Unterlagen beibringen können. Anträge auf Einräumung eines Kredites sind bei der nächsten Reichsbankstelle anzubringen, die ihrerseits die Weiterleitung an die Zentrale nach Berlin übernimmt.

Bezüglich der Auslandskredite hat auch allmählich eine Klärung der Kreditmöglichkeiten stattgefunden. Der größte Teil der seinerzeit in Deutschland kursierenden ausländischen, insbesondere englischen Kreditofferten waren überwiegend Geschäftsversuche profitlüsterner Vermittler. Die großen Londoner Banken dürften aber zu nennenswertem Kredit sich erst dann bereitfinden lassen, wenn die politische Lage durch die Reglung der Reparationsfrage völlig geklärt ist. Die jetzt von der deutschen Wirtschaft gebotenen Zinssätze werden übrigens in England für auf längere Zeit untragbar gehalten. 9 bis 10 Prozent gelten dort als angemessen für Kredite kleineren und mittleren Umfangs, wobei aber die Garantie einer Goldbank oder doppelte Effektenunterlage von an der Berliner Börse notierten Effekten verlangt wird.

Diese kurzen tatsächlichen Feststellungen zeigen die ganze Schwere des heute alle Wirtschaftskreise beherrschenden Kreditproblems. Flüssige Mittel für Neuanlagen und Betriebserweiterungen stehen zur Zeit überhaupt nicht zur Verfügung. Kredite für den Warenumschlag nur in sehr beschränktem Umfange."

Das deutsche Steuersystem.

Eine lehrreiche Zusammenfassung und Kritik des gegenwärtigen deutschen Steuersystems bringt das Juniheft der von Rud. Hilferding herausgegebenen Zeitschrift „Die Gesellschaft" aus der Feder von Hans Neißer. Ihr entnehmen wir folgende Feststellungen: **1. Die Steuerlast der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie** kann man wohl mit 25—40 Prozent ihres Einkommens anschlagen. An sich ist diese Belastung nicht höher als die in Frankreich und wesentlich geringer als in England, wo aber die Einkommen ungleich höher sind als in Deutschland. 2. Die Arbeiter und Angestellten werden neben der Lohnsteuer von 10 Prozent dank der Verbrauchssteuern mit mindestens nochmals 10 Prozent besteuert. 3. Durch die enormen Einkünfte aus der Umsatzsteuer, die eine Verbrauchssteuer darstellt, ist der Ertrag der Verbrauchssteuern größer als der der direkten Steuern, die mit 2,1 Milliarden Goldmark bei 5,8 Milliarden Gesamteinnahmen nur 35 Prozent der Einnahmen liefern. 4. Von der Umsatzsteuer abgesehen, ist der Ertrag der Verbrauchssteuern gegenwärtig trotz der enormen Erhöhung der Steuersätze nicht hoch genug. Die Branntweinabgabe wurde um 125 Prozent gegen 1913 erhöht; infolge des Rückganges des Verbrauchs ist jedoch deren Ertrag um die Hälfte geringer als vor dem Krieg. Die Zölle auf Genußmittel ergaben trotz der Erhöhung auf das Doppelte nur 2,3, die Verbrauchssteuer auf Bier trotz der Erhöhung um 80 Prozent nur die Hälfte der Vorkriegseinkünfte. Aehnlich steht es beim Zucker, wo der Steuersatz zwar um die Hälfte erhöht, der Steuerertrag dennoch um die Hälfte zurückgegangen ist. Nur beim Tabak entsprach einer Verdoppelung des Steuersatzes die Verdoppelung des Steuerertrags. Aus Neißers Kritik des Steuersystems ist folgendes hervorzuheben: **1. Steuern** können auf die Dauer nur aus dem Reinertrag, nicht aber aus der Substanz geleistet werden. Dagegen ist es richtig, die Steuerbemessung nach dem Sachwert zu bestimmen. „Bemessung nach dem Sachwert, Zahlung nach dem Einkommen" — soll der Sinn der Sachwerterfassung sein. Dementsprechend übt er Kritik an der gegenwärtigen Steuerbemessung nach Umsatz, bzw. Vermögenswert. Bei der Besteuerung der Unternehmen soll das Unternehmungskapital ohne Abzug des geliehenen Kapitals zur Grundlage dienen. Er erwartet davon die Senkung des Zinssatzes für das Leihkapital. 2. Die Umsatzsteuer, bzw. die Bemessung der Einkommensteuer nach dem Umsatz ist nicht haltbar. Damit wird übrigens auch im Bericht der Sachverständigen gerechnet. Insbesondere weist Neißer darauf hin, daß der Unternehmer, der die Umschlagsperiode der Waren verkürzt oder um der technischen Verbesserung seines Betriebes willen größere Kapitalien in diesen anlegt, dafür durch erhöhte Umsatzsteuern bestraft wird. 3. Die Verteilung der Steuern zwischen Reich und Staaten bzw. Gemeinden wird für die Zukunft nicht aufrechtzuerhalten sein. Letztere beziehen jetzt 90 Prozent der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer, auch wurde die Mietsteuer ihnen zugewiesen. Diese Steuern sind aber nach Ueberwindung der Wirtschaftskrise jedenfalls entwicklungsfähig, während das Reich außer den Verbrauchs-, Verkehrs- und Vermögenssteuern nur die Umsatzsteuer für sich hat, die eben abgebaut werden soll. Diese Verteilung der Steuern muß später abgeändert werden, wenn das Reich Einnahmeüberschüsse zu Reparationszwecken zur Verfügung bleiben soll. 4. Neißer meint, daß die Staaten und Gemeinden auch ohne den Ertrag der Mietsteuer ihr Auskommen finden können, weshalb die Erträge aus der Mietsteuer zu Bauzwecken verwendet werden können. 5. In Anbetracht der Reparationsleistungen stellt Neißer die zu erwartenden Mehrausgaben und Mehreinnahmen in einer Tabelle zusammen. Da aber die Mehreinnahmen einen durchaus zweifelhaften Charakter haben, gelangt er zu der Schlußfolgerung, daß die Sachverständigen die deutsche Leistungsfähigkeit äußerst hoch eingeschätzt haben.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik: In der gesamten **Schlesischen Sandsteinindustrie,** der Steinsetzer und Berufsgenossen in **Leipzig.** — In **Koblenz** und **Mainz** (Steinmetzen). — In **Berlin** 35 Alabasterarbeiter der Firma Wolf wegen Lohndifferenzen ausgesperrt.

Gesperrt: In **Niederlamnitz** (Oberfr.) der Schleifereibetrieb von Reul. In **Detmold** der Steinbruchsbetrieb Carl Meier u. Sohn.

Zuzug ist fernzuhalten: Außer den Orten unter Streik und Sperre von den Steinbrüchen bei **Bochum,** von **Frankfurt a. Main** (Steinarbeiter aller Branchen).

Erledigte Kämpfe: Streik der Steinsetzer und Pflasterer in **Halle, Merseburg** und **Erfurt,** der Quarzschiferarbeiter in **Crummendorf.**

Agitation. In den letzten Monaten hat sich im Verbande eine erfreuliche Rührigkeit bemerkbar gemacht, die zweifellos mit der vermehrten Arbeitsgelegenheit im Zusammenhang stand. Die Kollegen des Straßenbaugewerbes haben fast alle in Arbeitsstellen ihres Berufs wieder eintreten könnten, ebenso die Kollegen aus der Steingewinnung und Steinbearbeitung. Erst neuerdings stocken die Einstellungen. Dies hat seine Ursache in der Schwierigkeit des geschäftlichen Geldverkehrs. Die Werbetätigkeit für den Verband, für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation darf deshalb natürlich nicht auch stocken. Die Zeit- und die Berufsverhältnisse sind doch so gelagert, daß es in der deutschen Steinindustrie Unorganisierte nicht mehr geben sollte, und die Erfahrung im Arbeitsverhältnis hat bisher immer gelehrt, daß die Arbeitgeber den Unorganisierten gegenüber letzten Endes noch rücksichtsloser und brutaler gegenübertreten wie anderen.

In den deutschen Steinbrüchen und Steinhauereien wurden 1922 noch 85 357 Beschäftigte gezählt, gegen 126 983 im Jahre 1913. Also ein Rückgang von 40 Prozent. Die Veranlassung dieses Rückganges liegt in der staatlichen, kommunalen und privaten Baueinschränkung allgemein. Doch darüber brauchen wir weiter keine Worte zu verlieren, weil es jedem einzelnen Kollegen zur Genüge bekannt ist. Aus den paar Zahlen geht hervor, welche Werbearbeit für den Verband noch geleistet werden muß; denn die 85 357 in deutschen Steinbrüchen und Steinhauereien Beschäftigten sind durchaus nicht alle gewerkschaftlich organisiert; hinzu kommen noch unorganisierte Kollegen aus dem Straßenbaugewerbe, so daß ohne Uebertreibung mit rund 100 000 Organisationsfähigen in der Steinindustrie gerechnet werden kann. Wird nun von diesen 100 000 der christliche Anteil und das Bäckerdutzend hirsch-dunckerisch organisierte Steinarbeiter in Abzug gebracht, ebenso das nicht viel größere für Steinsetzer, Pflasterer und Hilfsarbeiter abgerechnet, was auf das Konto der baugewerksbundlichen Mitgliederjägerei zu buchen ist, dann hat der Zentralverband der Steinarbeiter noch ein ziemliches Werbegebiet zu bearbeiten. Als Werbegebiet kommen die vorher genannten drei „organisatorischen Inseln" natürlich auch in Frage. Rund 50 000 zählen zum Steinarbeiterverband; 25 000 Steinarbeiter dürften als unorganisiert gelten und ca. 25 000 gehören andern Verbänden an. Diese Zahlen müssen für jedes Mitglied unseres Verbandes Ansporn sein, sie auf ein Belangloses herabzumindern. **Die Agitation darf nicht stocken, nicht vernachlässigt werden; Gelegenheit zu werben hat jedes Mitglied!**

Richtigstellung. In Nr. 27 vom 5. Juli, auf der 4. Seite der Beilage ist ein Artikel enthalten mit der Ueberschrift: „Ebelsbach-Eltmann, Zeil und Umgebung." In diesem Artikel ist folgender Satz enthalten:

„In den Steinbrüchen will man den Leuten vorschreiben, wo sie ihre Getränke herbeziehen sollen. Billige Waren sollen durch teure und schlechtere eingeführt werden. Es hat den Anschein, als wenn entweder die Firma oder der genannte Herr (Kirchner) ein besonderes Interesse durch den Bezug der Getränke aus bestimmten Geschäften hätte."

Dazu teilt die in Frage kommende Firma: Steinindustrie C. Vetter in Eltmann unter Berufung auf das Preßgesetz mit, **„daß weder die Firma, noch ihr Betriebsleiter Herr Kirchner irgendwelches Interesse daran haben, daß die Arbeiterschaft ihre Getränke aus bestimmten Geschäften bezieht."** — Wir haben vorläufig keine Ursache, an dieser Richtigstellung zu zweifeln, wünschen aber, daß die Firma im Sonder- und Eltmannsbruch (Hahnbruch) in dieser Frage nach dem rechten sieht, denn mancher Gerngroß von Polier beruft sich bei seinen Anordnungen auf die höheren Stellen im Betrieb, die, wie Figura zeigt, davon nicht unterrichtet sind.

Steinsetzer und Pflasterer.

Dresden. Am 5. Juli fand hier eine vom Baugewerksbunde einberufene Steinsetzerversammlung statt, zu der die Steinsetzerfachgruppe unsres Verbands eingeladen war. Das Referat dieser Versammlung bestritt der jetzige Bezirksangestellte des Baugewerksbundes und frühere Gauleiter des Steinsetzerverbands, R. Pitschke-Frankfurt a. M. Sein Referat, das sich „Geschichtlicher Rückblick über die Steinsetzerbewegung und die Vorgänge bei der Verschmelzung" benamste, war letzten Endes nur eine einzige Beschönigung der von den Frankfurter und einem Teile der Dresdner Kollegen bei dem Zusammenschlusse gezeigten Disziplinlosigkeit. Allerdings jetzt konnte angesichts der Tatsachen von ihm nicht mehr angeführt werden, daß das Ergebnis der im vorigen Jahre stattgefundenen Urabstimmung gefälscht worden sei, sondern jetzt beschönigte er die Einstellung der wenigen zum Baugewerksbunde übergetretenen Steinsetzer damit, daß die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses in der Frage der Industrieorganisationen höher zu bewerten sind, als der Mehrheitsbeschluß der Urabstimmung. Also zur Beschönigung der Disziplinlosigkeit müssen die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses in Ermangelung eines andern jetzt herhalten. Selbstverständlich ist es natürlich, daß Pitschke den früheren Zentralvorstand des Steinsetzerverbandes in seiner bekannten Manier auf das persönlichste bekämpft. Einen geradezu hanebüchenen Schwindel tischte er auf, als er in verlogener Weise erklärte: die Tarifamtsbeisitzer von Arbeitnehmerseite hatten den Tarifbruch der Frankfurter Unternehmer im vorigen Jahre sanktioniert. Diese gemeine Unterstellung zeigt so recht, mit welchen Mitteln dieser Geist für eine von ihm selbst verfahrene Sache kämpft. Besonders sein Schlußwort war eine Musterleistung niedrigster Kampfesweise gegen alle, die dem Urabstimmungsergebnis Geltung verschafft haben. Kollege Linke trat diesen Anschauungen mit gutem Material gegenüber. Doch als die Diskussion auch unsre Kollegen zum Worte kommen lassen sollte, fand ein Antrag Annahme, der die Diskussion beendete, mit wenigen Stimmen Mehrheit Annahme. In bekannter Weise wurde also unsern Mitgliedern das Wort abgeschnitten. Unter Protest verließen sie darum das Lokal, nachdem sie in Kürze die Art kennzeichneten, daß man sie erst angreift und dann nicht zum Worte kommen läßt. Das Schlußwort Pitschkes war eine einzige niedrige Anpöbelung der früheren Mitglieder des Vorstands des Steinsetzerverbands. In einigen Worten stellte zum Schluß Kollege Linke die gröbsten Unwarheiten des Schlußwortes richtig. Alles in allem, diese Art Versammlungen haben für die Ausbreitung und Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens nicht den geringsten Erfolg. Es ist ein Teil jenes großen Trauerspiels, dessen Zeuge die deutsche Arbeiterschaft seit dem Kriege gewesen ist. Disziplinlosigkeit und Nichteinhaltung richtunggebender Beschlüsse waren die Urgründe all dieser die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit schwächenden Erscheinung. So auch hier. Trotz alledem aber geht die Geschichte ihren Gang. Und die Kräfte, die diese Entwicklung beeinflussen, das sind letzten Endes noch die Alten, die die Gewerkschaftsbewegung hochgebracht haben. Darum ist der Zukunft mit klarem Auge entgegenzusehen, solche Zersplitterungserscheinungen tragen den Keim des Verfalles schon in sich, weil sie alle die gewerkschaftlichen Tugenden ignorieren, durch die wir groß geworden sind. Disziplin und Demokratie in den Gewerkschaften ist das Rüstzeug, das uns zur Seite steht, und gestützt auf dieses werden die Zersplitterungserscheinungen den Weg gehen, wie wir in der Nachkriegszeit es an vielen solcher Splitter gesehen haben.

Erfurt. Der Streik der Steinsetzer und Berufsgenossen ist erfolgreich beendet. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses wurde der Stundenlohn für Steinsetzer von 72 auf 85 Pfg. festgesetzt und zwar ab 28. Juni. Die Ursache des Streiks dürfte die breite Oeffentlichkeit interessieren, um so mehr, da die Lohnhöhe selbst, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schon von der ersten Verhandlung an nicht strittig war. Unternehmerseits wurde als Hindernis einer Verständigung die Stellungnahme der Stadtverwaltung ins Treffen geführt. Nach den Aeußerungen der Unternehmer wollte das städtische Tiefbauamt nur dann eine Lohnerhöhung anerkennen, wenn auch im Baugewerbe eine solche eintritt. Während nun für ganz Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt die Lohnfrage für den Steinsetzerberuf längst geregelt war, konnte auf Grund der Einstellung der Stadtverwaltung in Erfurt keine Verständigung erzielt werden. Unter solchen Umständen ist es recht gut zu verstehen, wenn unsern Verbandskollegen der Geduldsfaden riß und sie zur Arbeitseinstellung griffen. Daß die Stadtverwaltung Erfurt ihre technische Nothilfe — sprich: Regiesteinsetzer — während des Streiks einsetzte, versteht sich am Rande. Aber auch dieser Moment konnte unsern Verbandskollegen den Sieg nicht streitig machen. Leider hat sich ein Kollege — Hermann Ahrendt — bewegen lassen, während des Streiks die Reihen seiner Kollegen zu verlassen und, wie er durch ein Schreiben, das allem Anschein nach aus den Geschäftsräumen seines Unternehmers, Ingenieur Otto Döring stammt, unserer Verbandsleitung mitgeteilt, daß er aus dem Verband austrete! Seine Mitteilung kam insofern zu spät, weil er schon vorher aus dem Verband ausgeschlossen war. Ob diesem Auch-Kollegen der Unternehmerdank gesichert bleibt?

Kreis Marburg. Ein Gemütsmensch scheint der Pflastermeister Konrad Preis in Moischt bei Marburg zu sein. Unser Hallischer Branchen-Gauleiter hatte diesem Herrn nebst einer Lohnforderung auch einen Tarifvertrag zur Anerkennung unterbreitet. Die Antwort war wie folgt:

„Zuerst meinen verbindlichsten Dank für die mir erwießene Aufmerksamkeit. Ich möchte Sie bitten, die paar Zeilen den anreger dießer Sache nach erfolgter Durchsicht zu gehen zu lassen. Als Punkt 1. möchte ich ihnen kurz mitteihlen, daß ich in meinem Geschäft meine zwei Gebrüder und meinen Schwager beschäftige....

Wir leben in überorganisation und möchte ich deshalb den anfang machen und meine Konkurenz aufs schärfste einsetzen um daß wieder zu erreichen, was wir in der Vorkriegszeit hatten, nähmlich daß die Leistungen wieder bezahlt werden und nicht die Person.

Punkt 2 ist der, daß wenn ich keine Arbeit habe, Sie mir keine geben. Also meine verehrten Herrn sparen Sie in Zukunft jede Mühe denn mit uns ist nichts anzufangen."

Der Herr Konrad Preis scheint an krankhafter Ueberhebung zu leiden. Die Zukunft wird auch für solche Gemütsathleten noch manche Ernüchterung bringen. Im übrigen zeigen sich auch hier die Zerstörungsarbeiten eines Richard Pitschke. Sobald wir die durch Pitschke im Frankfurter Bezirk völlig zertrümmerte Organisation wieder aufgebaut haben, werden wir auch mit solchen Herren, wie dieser Herr Preis ist, ein ernstes Wörtchen reden.

Innungsbezirk Gera. Zwischen den beiden zuständigen Organisationen wurden die Stundenlöhne ab 11. Juli 1924 wie folgt festgesetzt: Steinsetzer 90 Pfg., Rammer 88 Pfg., Hilfsarbeiter 86 Pfg.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Im Baugewerbe sind die zentralen Tarifverhandlungen endgültig gescheitert. Nach dem Bericht im „Zimmerer" handelt es sich hauptsächlich um die Arbeitszeit. Auch handeln nach ihrer eigenen Bekundung die Bauunternehmer nicht aus eigenem Antriebe, sondern sie sind die Geschobenen scharfmacherischer Industriekreise. Diese Willfährigkeit wird sicher der Mehrzahl der Bauunternehmer noch recht unangenehm werden, dazu werden die örtlichen und bezirklichen Organisationen der baugewerblichen Arbeiter ihr Teil beitragen. Für die Bauunternehmer trifft in der Tariffrage auch der Satz zu: „Nichts gelernt und nichts vergessen!"

Der Holzarbeiterverband, der seit langen Monaten schwere Einzelkämpfe führt, sieht sich gezwungen, angesichts der verschärften Kampflage von den in Arbeit stehenden Mitgliedern Extrabeiträge zu erheben, und zwar, je nach der Höhe des Stundenverdienstes, von 20 Pfg. bis 1 Mk. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, der mit Stundeneinkommen seiner Mitglieder von weniger als 30 Pfg. bis zu 70 Pfg. zu rechnen hat, wissen, was auf dem Spiele steht, und werden — so schwer es dem einzelnen Arbeiter auch fallen mag — das Opfer bringen, das die Konferenz des Vorstandes, der Gauvorsteher und Ortsvertreter ihres Verbandes ihnen auferlegt hat. Ohne Opfer geht es in der Gewerkschaftsbewegung bei den fortwährenden Lohnkämpfen nun einmal nicht. Das haben die geschulten Mitglieder auch längst erkannt und handeln danach.

Die Beiträge im Buchdruckerverband. Von jeher stand der Buchdruckerverband mit seinen Beiträgen an der Spitze der Gewerkschaften. Dabei kommt ihm allerdings zustatten, daß er eine Organisation gelernter Arbeiter bildet, deren Löhne nicht so niedrig sind wie die der Ungelernten. Der Verband hat jetzt seinen Beitrag für Vollmitglieder ab 29. Juni auf wöchentlich 1.20 Goldmark festgesetzt. Dazu kommen aber noch Gaubeiträge, die bis zur Hälfte des ordentlichen Beitrages erhoben werden können, also bis zu 1.80 Goldmark in der Woche. Außerdem erhebt der Verband zwei Extrabeiträge von je 1 Mark.

Wirtschaft und Arbeit. Die Bedeutung der Arbeitspausen ist ziemlich umstritten. Die Arbeitspsychologen, die die Leistungsfähigkeit der Arbeiter beobachten, legen ein großes Gewicht auf ausgiebige Arbeitspausen, besonders auf die Mittagspause. Auf der andern Seite hat sich nach Einführung des Achtstundentages überall das Bestreben der Arbeiter geltend gemacht, die Zeit der gesamten Anwesenheit im Betrieb möglichst abzukürzen. Die Wohnungsnot beziehungsweise die große Entfernung der Wohnungen von der Werkstätte trug zu diesen Bestrebungen bei, ebenso die Ausbreitung des Gartenbaues. Auch zur Erzielung des freien Sonnabendnachmittags wurde oft durchgehend oder mit nur sehr geringer Pause gearbeitet. Die Wiener Arbeiterkammer hat nun im Monat Mai in bezug auf die wichtigsten Betriebe der Metall-, Textil-, chemischen und Lebensmittelindustrie Oesterreichs eine Untersuchung angestellt. Das Ergebnis derselben, das im zweiten Juniheft der „Arbeit und Wirtschaft" von Fritz Nager besprochen wurde, ist sehr lehrreich. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in den Betrieben mit normaler Arbeitszeit, das heißt, bei denen in einer Schicht pro Tag im Rahmen des gesetzlichen Ausmaßes gearbeitet wird, die Arbeiter aus gesundheitlichen Gründen und wegen der Unfallsicherheit die Einhaltung einer ein-, anderthalb- oder zweistündigen Mittagspause durchweg verlangen. Auch die Gewerkschaften bekämpfen die pausenlose, durchlaufende Arbeitszeit, und die Abstimmungen in den einzelnen Betrieben haben zu dem gleichen Ergebnis geführt. Dagegen möchten die Unternehmer die Pause zwecks Herabsetzung der Unkosten abkürzen. Anders liegt der Fall bei Betrieben, wo in mehreren Schichten gearbeitet wird, ohne daß der Arbeitsprozeß selbst ein ununterbrochener wäre. Der Schichtwechsel findet hier oft in den frühen Morgenstunden oder späten Nachtstunden statt. Bei dieser Schichteinteilung spielen Verkehrsverhältnisse eine entscheidende Rolle. In diesen Fällen ist es daher das Bestreben der Arbeiter, die Zeit der Anwesenheit im Betrieb auf Kosten der Pause abzukürzen.

Nichtorganisierte Arbeiter — gestörter Produktionsverlauf. Der jüngste Bericht der amerikanischen Kohlenkommission hat festgestellt, daß die nichtorganisierten Bergarbeiter ihre Arbeitsstelle unvergleichlich häufiger wechselten als die organisierten. In manchen Bergwerksbezirken, welche Nichtorganisierte beschäftigen, beläuft sich die Fluktuation der Arbeiter

schaft auf jährlich 230 Prozent. Durch diesen Umstand werden aber die Produktionskosten erheblich gesteigert, da neben den Werbekosten der fortwährende Wechsel an Arbeitern den Verlauf der Produktion nachteilig beeinflußt. Der Bericht hebt die stabilisierende Wirkung der Organisation hervor.

Die mangelhafte Angleichung der Löhne an die Preise führt zur Wirtschaftskrise. Der neben Keynes bedeutendste englische Nationalökonom, Professor Pigon, untersucht die Tatsachen, die zu einer Wirtschaftskrise führen und stellt folgendes fest: In Zeiten einer Konjunktur setzen die Unternehmer ihre Kapitalien rascher als zu gewöhnlichen Zeiten um und dehnen ihre Tätigkeit durch Bankkredite aus. Demzufolge steigen die Preise. Die Gehälter der Festbesoldeten steigen aber nicht, und die Löhne, wenn sie auch später der Preissteigerung folgen, hinken ihr doch nach! Das bedeutet, daß die Unternehmer zum Schaden der Festbesoldeten und — wenn auch in geringerem Maße — auch der Lohnempfänger einen Vorteil gewinnen. Dies verleitet sie zur weiteren günstigen Beurteilung der Lage und zur übermäßigen Ausdehnung der Produktion, was im weiteren Verlauf zur Krise führen muß. Gelingt es nicht, Methoden für die Ausgleichung der flauen und regen Wirtschaftsperioden zu entdecken, so muß man wenigstens trachten, die Gehälter und die Löhne den Preisveränderungen besser als bisher anzupassen.

Die Wirtschaftskrise im Saargebiet, die Produktionseinschränkungen und wachsende Arbeitslosigkeit nach sich zieht, ist vornehmlich durch die hohen Kohlenpreise und die Kapitalsnot verursacht. Die Bergwerke befinden sich im Besitz Frankreichs, und die Bergwerksverwaltung will einer entsprechenden Herabsetzung der Kohlenpreise nicht zustimmen, um ihre Profite aus dem Kohlenbergbau nicht schmälern zu müssen. Das französische Kapital hat sich die Saarunternehmungen angeeignet, die Gewinne fließen nach Frankreich ab, dagegen will die französische Nationalbank das Saargebiet nicht mit Kapital versorgen: deshalb die Kapitalsnot. Von der Krise wird in erster Linie die Glasindustrie, aber auch die Eisenindustrie, ergriffen. Das Saargebiet ist dank der technischen Erschwerungen des Warenverkehrs (Beschaffung der Ein- und Ausfuhrpapiere usw.) vom Handelsverkehr mit Deutschland beinahe abgeschnitten. Während der Inflationszeit war die Ausfuhr vom Saargebiet nach Deutschland wegen der verhältnismäßig hohen Preise der Saarprodukte nicht möglich, aber selbst jetzt, nach der Stabilisierung der Mark, ist der Preisstand im Saargebiet zu hoch, um die Ausfuhr nach Deutschland zu ermöglichen. Nächstes Jahr wird das Saargebiet bereits durch Zollmauern von Deutschland getrennt werden. Alsdann wird sich die Ausfuhr nach Deutschland noch schwieriger gestalten. Seit 1920 ist der Warenverkehr mit Frankreich zollfrei, doch nimmt Frankreich die Produkte des Saargebietes unwillig und in nicht genügenden Mengen auf, indem dort die eigenen billigeren Produkte vorgezogen werden. Dagegen wird das Saargebiet mit französischen Waren überschwemmt; die Einfuhr aus Frankreich hat sich Anfang 1924 gegenüber 1922 vervierfacht. Darunter befinden sich viele entbehrliche Luxuswaren, die die Handelsbilanz des Saargebietes verschlechtern. Die willkürliche Abtrennnung des Saargebietes vom deutschen Wirtschaftskörper verursacht demnach große wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Geldknappheit infolge Weigerung der Unternehmer zum Preisabbau. Hierin sieht auch das englische Blatt „Manchester Guardian Commercial" den Hauptgrund für die Geldschwierigkeiten. Er schreibt darüber am 26. Juni: „Die einfachste und die einzig gesunde Lösung wäre der Verkauf von Waren zu herabgesetzten Preisen. Die Waren sind aber früher so wertvoll gewesen, ihre Besitzer konnten sich soweit den Wirkungen der Geldentwertung entziehen, die Produktionskosten haben sich fortschreitend in einem Maße erhöht, daß Industrie und Handel selbst den Gedanken eines Preisabbaues von der Hand wiesen und das nötige Geld lieber auf dem Kreditwege beschafften. Diese Praxis war jahrelang so gewinnbringend — die Schulden wurden durch die Geldentwertung von selbst ausgelöscht — daß die Warenbesitzer jetzt immer noch an diesem Wege festhalten möchten. Dank der Reichsbankkredite, die in den ersten Monaten des Jahres gewährt wurden, konnten die Warenbesitzer nicht nur ihre Vorräte behalten, sondern sie noch vergrößern, da die neuhergestellten Waren zu den herrschenden Preisen, die niemand zu bezahlen vermag, unverkäuflich wurden."

Die Bautätigkeit kann wegen des Kapitalmangels und des Fehlens einer entsprechenden Wohnungsbaupolitik immer noch nicht belebt werden. Wie es um den gegenwärtigen Wohnungsmangel bestellt ist, geht aus dem Bericht der deutschen Regierung an die Sachverständigen hervor, wo folgende Angaben über die Bautätigkeit enthalten sind: Im Jahre 1922 wurden noch 40 307 Häuser gebaut, eine bei der Vermehrung der Bevölkerung ganz ungenügende Zahl, 1923 dagegen nur noch 5960! Betriebsanlagen wurden 1922 4607, im Jahre 1923 3062 hergestellt. Dagegen wurden Bankpaläste und Verwaltungsgebäude mit solchem Glanz ausgeführt, daß sie bei den Sachverständigen begreiflichen Anstoß erregten.

Englisches Urteil über Löhne und Unternehmerwillkür in Deutschland. In der angesehenen bürgerlichen Wirtschaftszeitschrift „The Economist" berichtet ein Korrespondent über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Die Frage, wie nach Stabilisierung der Mark eine inländische Konjunktur für verschiedene Verbrauchsartikel entstehen konnte, beantwortet er damit, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger sich an Entbehrungen in der Ernährung während der Inflation so gewöhnt haben, daß sie nach der Stabilisierung etwas von ihren geringen Löhnen zur Beschaffung von Kleidung verwenden konnten. „Indessen" — schreibt er — „kann nicht verhehlt werden, daß die Arbeit in Deutschland gegenwärtig äußerst schlecht bezahlt wird. Die Nominallöhne sind geringer als vor dem Kriege, während die Kosten der Lebenshaltung um 45 bis 50 Prozent höher stehen. Die Reallöhne betragen demzufolge nicht mehr als 60 Prozent der Friedenslöhne. In den ersten Tagen der Stabilisierung war die Arbeiterklasse mit der neuen Lohnfestsetzung gern einverstanden. Mit der Zeit wurde ihr aber die wirkliche Lage klar, und es waren gerade die Lohnerhöhungen, die ihr die hoffnungslose Geringfügigkeit der gegenwärtigen Entlohnung vor Augen führten." An andrer Stelle: „Die Unternehmer sind äußerst anmaßend. Sie sind in der Tat die geistigen Erben der alten Militärkaste und sind gegenwärtig im vollen Bewußtsein ihrer überlegenen Lage bei den Verhandlungen . . . Wenn die Unternehmer nicht eine versöhnlichere Haltung annehmen, so wird der Tag der Abrechnung kommen, und vielleicht viel früher, als es die meisten heute vermuten."

*

Eine Epistel an die katholischen Arbeitgeber. Der Präses des katholischen Gesellenvereins in Berlin, Jesuitenpater Siebert, wendet sich in katholischen Zeitungen mit einem „offenen Wort" an die katholischen Arbeitgeber. U. a. schreibt Pater Siebert: „Eine tiefe Gährung geht durch die Reihen der Arbeitnehmer. Entlassungen, Aussperrungen, Heraufsetzung der Arbeitszeit, Lohndruck, das alles wird empfunden als Ausdruck triumphierender Machteroberung, als Rache für die letzten fünf Jahre. Selbstverständlich kann nur ein weltfremder Idealist erwarten, daß katholische Arbeitgeber ihre wirtschaftlichen Grundsätze ausschalten oder sich in Gegensatz zu ihren Berufsorganisationen als Philanthropen produzieren oder ihre Berufspflichten des Fortkommens und der Sorge für die Familie dem Ruhm eines sozialen Arbeitgebers opfern sollen. Aber eins ist sicher: Was vor dem Kriege oft stillschweigend getragen, als gegeben, als unabänderlich hingenommen wurde, das sieht das hellsehend gewordene Auge des Arbeiters in anderem Lichte, und seine Sprache ist keck und übermütig geworden. Wer in der ersten Kirchbank als Mitglied des Kirchenvorstandes und Ehrenmitglied sämtlicher katholischer Vereine sitzt, dabei aber seine Arbeiter behandelt wie jeder Freidenker, Kapitalist oder Blutsauger, der sei überzeugt, daß er dadurch unserem Glauben und damit dem Volkswohl empfindliche Wunden schlägt. Im Gesichtswinkel des Arbeiters wohnen Person und Sache dicht nebeneinander. Von einem gläubigen, oder wie die Redensart heißt, strengkatholischen Arbeitgeber erwarten Freund und Feind, daß sich die Grundsätze der Nächstenliebe nicht erschöpfen in Almosen für Volksspeisungen, sondern sich bewähren in der sozialen Betätigung für die eigenen Angestellten.

Ob die Löhne herabgesetzt werden müssen, ob der Tariflohn als Minimallohn immer die Grenze des Lohnes bleiben muß, kann nicht nach Gesinnungsgrundsätzen entschieden werden, das sind wirtschaftliche Fragen. Aber ich habe den Eindruck: Unsere emporstrebenden Unternehmer sind oft sehr tüchtige Geschäftsleute, können haarscharf kalkulieren, klug die Konjunktur ausnützen und den Konkurrenten überflügeln, aber eins geht ihnen oft ab: Sie sind keine Seelenkenner, verstehen die Seele des Arbeiters nicht oder nicht mehr, selbst wenn sie von der untersten Stufe emporgestiegen sind. Wenn eine Forderung aus betriebswirtschaftlichen Gründen abgelehnt werden muß, so scheue man eine offene Darlegung nicht. Die Redensart: „Die hohen Löhne ruinieren den Betrieb", sind seit dem Kriege so oft gehört und durch die Wirklichkeit widerlegt worden, daß man sich nichts vergibt, wenn man in wohlwollendem Tone offen miteinander verhandelt und auch da nicht von den Untergebenen eine Mäßigung verlangt, die man selbst nicht aufbringt.

Entlassungen ließen und lassen sich nicht immer vermeiden. Aber auch da erwartete man vom katholischen Arbeitgeber mehr als die Erfüllung gesetzlicher Bestimmungen. Muß sich der Arbeitgeber nicht ernstlich fragen, ob jede Entlassung ihm wirklich vom Herzen abgerungen ist. Es gibt eben neben wirtschaftlichen Gründen auch andere, trotz der endlich wiedererlangten Bewegungsfreiheit.

Die verlängerte Arbeitszeit ist das dritte Kampfobjekt. Ich habe vielfach feststellen können: So sehr die Arbeiter im Achtstundentag die letzte Errungenschaft der Umwälzung sehen, so lassen sie sich doch wohl von der Notwendigkeit der Längerarbeit überzeugen. Aber wie zart müssen die Sieger (so betrachtet man augenblicklich die Unternehmer) diese Frage behandeln! In der Abkehr vom Achtstundentag liegt die ungeheuere Tragik eines irregeführten Volkes, das glaubte, opferte, darbte, in Hoffnungen schwelgte. Können wir leugnen, daß die Hoffnungen ihrem Kerne nach berechtigt waren? Ein edler Sieger ehrt die Gefühle des Unterlegenen. Dazu müßten sich alle Arbeitgeber verstehen. Wer triumphierende Miene zur Schau trägt über die Durchlöcherung des Achtstundentages, wer sich möglichst rächen und schadlos halten will für alle Entgleisungen siegestrunkener Arbeiter, wer den Anschein erweckt, daß die verlängerte Arbeitszeit doch eigentlich nicht der Allgemeinheit, sondern nur wieder dem Unternehmen zugute kommt, der zeit, daß er immer noch nicht verstanden hat, die Seele des Arbeiters zu schonen und ihm alle unnötigen Bitterkeiten zu ersparen.

Was nützt alles Festtagsgerede, alle Schaufenster- und Fassadekunst, alles sehr geistreiche Aesthetentum! Ueber den „katholischen Menschen" ist sinnreich, geistreich und tief geschrieben, aber schließlich entscheidet der Wert einer Weltanschauung nicht die Genialität ihrer geistreichen Verfechter, sondern das Leben, die alles gestaltende Praxis.

Nun ist der Augenblick gekommen, daß sie neben ihren wirtschaftlichen Gedankengängen auch noch andere Lebenswerte kennen. Ein katholischer Arbeitgeber, der seine Aufgabe im Geiste Christi erfaßt und als Apostel Christi seinen Beruf wertet, der wirkt mehr wie manche geistreiche Rede. Er zeigt in der Tat, daß Christentum noch heute die Menschen glücklich machen kann. Und er wird es erfahren, daß auch seine wirtschaftlichen Belange nicht Schaden leiden, wenn er einmal großzügig gegen seine Untergebenen eingestellt ist."

Die Arbeiter insgesamt würden gewiß keine Einwendungen erheben, wenn sich recht bald zahlreiche katholische Arbeitgeber sowohl in ihren eigenen Betrieben, wie auch in der Mitarbeit in den Arbeitgeberverbänden und Arbeitsgemeinschaften von den Grundsätzen leiten ließen, die Pater Sieber darlegt. Wir haben jedoch die Ueberzeugung, daß der Pater den Versuch an einem untauglichen Objekt unternimmt. Gewiß gibt es Ausnahmen, aber sie bilden keine Regel. Immerhin wäre unseren Kollegen zu empfehlen, die obigen Darlegungen ihrem Arbeitgeber zu übermitteln.

*

Christliche Reichstagsabgeordnete. Von den 35 christlichen Gewerkschaftsführern, die Reichstagsabgeordknete sind, sind gerade die Hälfte, nämlich 17, bei der Zentrumsfraktion zu finden. Dagegen haben sich 11 den Deutschnationalen angeschlossen und 2 sind sogar bis zu den Völkischen abgerutscht. Die Deutsche Volkspartei hat zwei der Christen in ihrer Fraktion aufgenommen, wahrscheinlich, weil diese Gewerkschaftsführer sich von den Vertretern der Schwerindustrie eine ganz besondere Förderung der Arbeiterinteressen versprechen. Drei Abgeordnete sind bei der Bayrischen Volkspartei, von der man auch feststellen kann, daß sie in ihrem Mutterlande für die Arbeiterschaft allerhand getan hat, nur leider nichts Gutes. Zu bedauern sind nur die Arbeiter, die bislang immer noch in den christlichen Gewerkschaften ihre Interessenvertretung sehen. Wie sich diese 35 Arbeiterführer eine Förderung der von den christlichen Gewerkschaften propagierten Forderungen vorstellen, ist selbst dem „christlichen Zentralblatt" schleierhaft, denn es schreibt darüber:

„Die Gewählten sind natürlich auf das Programm ihrer Parteien gewählt worden und können die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht verantwortlich gemacht werden für die Stellungnahme dieser ihrer Mitglieder zu den einzelnen im Reichstage zur Entscheidung stehenden Fragen."

Der Versuch, diese prominenten Mitglieder der christlichen Gewerkschaften abzuschütteln, wird von niemandem ernst genommen werden. Nichts charakterisiert die christlichen Gewerkschaften besser als die Tatsache, daß sie den reaktionären Parteien Vertreter stellen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Den Zentralstellenvorständen (Vorsitzenden oder Kassierern) ist vor einigen Talen ein Fragebogen zugegangen, dessen Ausfüllung und Rücksendung an den Zentralvorstand so schnell wie möglich, spätestens aber am Sonntag, dem 27. Juli, erfolgen muß.

Die Beantwortung der Fragen soll ein einwandfreies Bild der gegenwärtigen Verhältnisse in der gesamten Steinindustrie und im Steinsetzgewerbe geben. Jede für die betreffende Zahlstelle in Betracht kommende Frage muß beantwortet werden. Nur durch ein lückenloses Material sind wir in der Lage, dort bessernd einzugreifen, wo es am notwendigsten ist. Scheue daher kein Vorsitzender und kein Kassierer die Mühe, die aufgestellten Fragen umgehend zu beantworten.

Adressenänderungen.

1. Gau (N.-O.). **Kyritz** (Priegnitz). Vors. und Kass.: Emil Leu, Klosterfelde, Baustelle (Krs. Niederbarnim). — **Pyritz.** Vors.: Emil Bleibel, Bergstraße 9.

7. Gau. **Rattenberg** Niederbayern). Vors.: Xaver Penzkofer.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Der Firn". Das erste Heft des neuen „Firn" liegt vor. Diese nun umgestellte Zeitschrift wird wöchentlich erscheinen unter neuer Redaktion und neuen Mitarbeitern. Sie will der Bewegung eine freie und wirklich sozialistische Zeitschrift bieten. Der „Firn" ist zum Preise von 25 Pfg. in allen Kiosken zu erwerben. Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Mk. Probehefte kostenlos durch alle Buchhandlungen und durch den Verlag des „Firn", Berlin W. 35, Karlsbad 4.

„Volksreisebund". Unter diesem Namen erscheint eine neue Monatsschrift mit Abbildungen, welche die Freude am Reisen beleben und wachhalten und in praktischer Weise als Ratgeber und Wegweiser für Reiselustige dienen will. Das Blatt wird vom Volksreisebund E. V. Berlin W. 35, Karlsbad 4, herausgegeben und ist am besten durch Bestellung beim Briefträger oder bei der nächsten Postanstalt zu beziehen. Das jetzt schon vorliegende Auszugsheft enthält eine ausführliche Darstellung der Ziele des Volksreisebundes, sowie zahlreiche Pläne und Winke für Urlaubs- und Vergnügungsreisen aller Art. Den leitenden Körperschaften des Bundes gehören bekannte Persönlichkeiten aus allen Lagern an. Seine Einrichtungen sollen besonders den minderbemittelten Schichten ermöglichen, trotz der schwierigen Zeitumstände ihren Erholungsurlaub anderwärts zu verbringen. Wie das durchgeführt wird, geht aus der genannten Zeitschrift hervor, von der Probehefte auf Wunsch zugesandt werden.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 3, Preis des Heftes 1 Mk. Verlag: Gewerkschafts-Archiv, Jena, Camsdorfer Straße 10. Heft 3 dieser sich immer größerer Beachtung und Wertschätzung erfreuenden sozialdemokratischen Monatsschrift für die deutschen Gewerkschaften bringt als Leitaufsatz den Anfang einer größeren tiefschürfenden Arbeit von A. Kranold „Zur Problematik des Achtstundentags". Rich. Woldt behandelt Betriebslehre und Arbeitswissenschaft, ein Gebiet, das zu kennen so überaus wichtig ist. In geistreicher Weise behandelt Richard Seidel das gewerkschaftliche Bildungswesen. Das Heft bringt weiter eine aktuelle Arbeit über die Finanzkrise von dem an der Tinzer-Schule wirkenden bekannten Nationalökonomen Alfred Braunthal und der Herausgeber gibt einen durch drei Schaubilder unterstützten Ueberblick über den Aufbau der Gewerkschafts-Internationale. Weiter hat L. Seyler einen guten Aufsatz über die Arbeiterverteilung in der deutschen Industrie beigetragen. Dann folgen wieder die interessanten und reichhaltigen Uebersichten über die verschiedensten gewerkschaftlichen Wissensgebiete. Die Zeitschrift kann allen Funktionären empfohlen werden und sollte vor allem in keiner Ortsverwaltung fehlen. — Bestellungen nehmen alle **Buchhandlungen und Postanstalten,** sowie der Verlag **Gewerkschafts-Archiv** in Jena entgegen. — Probenummern direkt vom Verlag in Jena.

10 Jahre deutscher Reichsfinanzpolitik. Kritische Würdigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie lautet der Titel einer von einem beamteten Fachmann, dem Parteigenossen Joseph Hirn herausgegebenen Broschüre, der ein Vorwort des Reichs- und Landtagsabgeordneten Wilhelm Keil vorangestellt ist. Sie erscheint im Verlag der Schwäbischen Tagwacht in Stuttgart zum Preise von 1.80 Mark. Von Wichtigkeit und bleibendem Wert ist die Arbeit insbesondere für alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, da sie gleichzeitig ein wertvolles Rüstzeug gegen jene bietet, die rechts und links von der Sozialdemokratie mit Schlagworten gegen deren Haltung in den betreffenden Fragen hausieren gehen und namentlich auch eine Anklageschrift gegen die verhängnisvolle Steuerscheu des Besitzes darstellt. Im Interesse weitester Verbreitung wurde der Preis der Broschüre auf nur 1.80 Mark festgesetzt. Die Broschüre kann von jeder Parteibuchhandlung bezogen werden.

Briefkasten.

Schw., Elgsh. Eine Veröffentlichung kann deshalb wohl nicht erfolgen; das ist rein örtliche Sache und vollzieht sich automatisch. Eine Bekanntgabe in der nächsten Versammlung wird genügen.

An die Steinmetzen. Wer von den Kollegen kann der Redaktion eine photographische oder sonstige Abbildung leihweise übermiteln, a) einem Steinbruch mit arbeitendem Steinbrecher, b) eine Arbeitsstätte mit arbeitenden Steinmetzen, oder ein Einzelbild vom arbeitenden Steinmetzen an der Bank, c) eine ältere Photographie mit wanderndem Steinmetz in zünftiger Aufmachung? Etwa entstehende Kosten werden vergütet.

W. H. Dein Artikel hat sich wohl durch Leitartikel in dieser Nummer erledigt!

Anzeigen

Tüchtige Steinrichter
finden im **Basaltsteinbruch** dauernde Beschäftigung bei guter Entlohnung. Wohnungen für Verheiratete und Unverheirate vorhanden
Angebote unter **„X. 24"** befördert die Schriftleitung des „Steinarbeiter".

Bücher die in keiner Zahlstelle fehlen dürfen, für **Betriebsräte** u **Gewerkschaftsfunktionäre** empfiehlt
Verlag des ADGB. Berlin SO. 16
Engeufer 24.

Gewerkschafts-Zeitung
Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Redakteur: Paul Umbreit
Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes", die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben
Preis monatlich 40 Pfennige
Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6

Teilzahlungen
gestatte in wöchentlichen Raten von **2–3 Mk.** bei Bezug meiner Arbeitshosen. Bestellung erbitte durch Ihre Zahlstelle. Bundweite und Schrittlänge genügt.
Manchester, Ia Qualität . . . . . **13.00 Mk.**
Tuchleder, Ia, tiefschwarz . . . . . **8.20 Mk.**
Pilot . . . . . **5.60 Mk.**
Lieferung franko!
W. Hübner, Anfertigung v. Arbeitsgarderobe, **Niederoderwitz**

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Bunzlau** am 7. Juni der Sandsteinmetz Fr. Heinr. **Coors,** 52 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Schopfloch** am 20. Juni der Sandsteinmetz Gustav **Grimm,** 44 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **München** am 3. Juli der Steinmetz Cajetan **Reng,** 42 Jahre alt. Blutsturz.

In **Oberpeilau** am 4. Juli der Schleifer Heinrich **Köhler,** 55 Jahre alt. Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winckler beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig